



# Miltabader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sam- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. (bei ins Haus geliefert); durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. (Postkonto Nr. 66 bei der Oberamtspostamt Rumburg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Säckle & Co. Wildbad. Vorzüglicher Gewerbestand für Wildbad. — Postfachkonto 19174. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Belegblatt 15 Pf., darüber 20 Pf. — Reflektoren 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn geschäftliche Verbindung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg.

Verl. Verlag und Schriftleitung: Späher & Co., Wildbad, Wilhelmstraße 88. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Bollmer.

## Änderung der Handelsvertragspolitik

### Weg mit der Meistbegünstigung

Die beiden Agrarkonferenzen in Rumänien verdienen aufmerksame Beachtung, weil sie einem seit Jahren in der Luft liegenden und in europäischen Wirtschaftskreisen vielfach erörterten Gedanken zum erstenmal eine greifbare und ausgesprochene Fassung gegeben haben. In Bukarest selbst waren zwei Mitgliedsstaaten der sogenannten Kleinen Entente, Rumänien und Südslawien, nicht mit ihrem dritten Partner, der Tschechoslowakei, sondern mit dem politischen Außenminister Ungarn am Konferenzstisch versammelt, um sich über die gemeinsamen Räte ihrer Landwirtschaft und besonders über das allen gemeinsame Ausfuhrbedürfnis für agrarische Erzeugnisse zu unterhalten. Unmittelbar darauf traten sich Vertreter der rumänischen und der südslawischen Regierung gesondert nochmals in Sinaia zusammen und gelangten zu Beschlüssen, die im Gegensatz zu dem mehr theoretischen Ergebnis der Bukarester Konferenz einen grundsätzlichen und praktisch sehr bedeutungsvollen Schritt vorwärts in der Zusammenfassung südeuropäischer Wirtschaftsinteressen bedeuten. Im Fall der Bukarester Konferenz war das Ergebnis eine vorläufige Vereinbarung über den Ausschluß des gegenseitigen Wettbewerbs hinsichtlich der Preise und Lieferungsbedingungen bei der Getreideausfuhr, sowie eine gemeinsame grundsätzliche Erklärung gegen die unterschiedslose Gewährung der Meistbegünstigung bei der Getreideausfuhr. Im zweiten Fall handelte es sich um den vorbereitenden Abschluß einer Zollunion zwischen Rumänien und Südslawien, vorläufig begrenzt auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, aber mit dem Vorbehalt, sie später auch auf Industrieerzeugnisse auszudehnen. Die Zollunion soll verwirklicht werden durch einen Handelsvertrag, der außerdem noch den Abschluß eines Abkommens zur Erleichterung des Eisenbahnverkehrs, der Umgestaltung der Donauschiffahrt, Vereinheitlichung der Handels-, Zoll- und bürgerlichen Gesetze, sowie ein Abkommen über gemeinschaftlichen Verkauf von Getreide vorsieht. Außerdem wurde auch hier die Abkehr von der schematischen Meistbegünstigung bei Handelsverträgen zugunsten einer Vorzugsbehandlung für die europäischen Getreidelieferanten gefordert. Größte Beachtung verdient die unumwundene Absage an dasjenige handelspolitische System, das bisher eine Art ungeschriebenes Gesetz für die Handelspolitik fast der ganzen Welt gewesen ist, und namentlich für die Stellungnahme Deutschlands gegenüber seinen Vertragspartnern ein Kräftegleichgewicht nicht an, dem noch so schlechte Erfahrungen nichts von seinem Reiz und seiner Allgewalt haben nehmen können. Die südöstlichen Agrarländer sind entweder verhältnismäßig gute Abnehmer europäischer und auch deutscher Industrieerzeugnisse, oder bieten wenigstens die Aussicht, es zu werden. Daraus erwächst bei ihnen der natürliche Wunsch, ihre Agrarüberschüsse nach Möglichkeit auf den Märkten ihrer industriellen Lieferanten abzusetzen. Ein Wunsch, der einmal auf den ebenso natürlichen und berechtigten Abwehrwillen der Landwirtschaft jener Länder stößt, zum anderen aber auf die aus verschiedenen Gründen überstarke Konkurrenz der überseeischen Getreidelieferanten. Soweit nun die Agrarexportbedürfnisse Südeuropas die Tendenz haben oder das Befähigungsmoment in sich schließen, das das berechnete Produktionsinteresse der heimischen Landwirtschaft geschädigt werden könnte, wird man sie namentlich in Deutschland lediglich vom Gesichtspunkt der Erhaltung unserer eigenen Wirtschaftskraft zu beurteilen und zu behandeln haben. Anders dagegen sehen die Dinge aus, wenn wir vor die Frage gestellt werden, ob wir einen etwa noch notwendigen Einfuhrbedarf an Agrarerzeugnissen dort decken sollen, wo man uns entsprechende Gegenleistungen durch Abnahme deutscher Erzeugnisse bietet, oder ohne Rücksichtnahme auf die Gestaltung unserer Handelsbilanz in statischer und dynamischer Hinsicht. Mit anderen Worten: Haben wir handelspolitisch gesehen Grund, die Getreideausfuhr von Übersee zu bevorzugen, wie es bisher geschehen ist und sich anscheinend auch weiter entwickelt, oder können und sollen wir mehr auf die Agrarüberschüsse der südeuropäischen Länder zurückgreifen?

An den verschiedenen Handelsbilanzen gemessen, stellen sich die Dinge nun so dar, daß unsere bisherigen größten Lieferanten von Agrarerzeugnissen (Amerika, Kanada) unsere schlechtesten Kunden sind, daß wir ihnen gegenüber mit einem gewaltigen Fehlbetrag im Warenverkehr abschließen. Hier knüpfen die Bestrebungen an, einen besseren Ausgleich im Kommen und Gehen der internationalen Warenströme derart zu schaffen, daß kaufmännisch ausgedrückt, gute Kunden auch bei der Vergütung unserer Aufträge besser berücksichtigt werden. Man fragt, warum es nicht möglich sei, etwa den deutschen Zufuhrbedarf an Agrarerzeugnissen dort einzukaufen, wo man sich unserer industriellen Waren, oder freiwillig oder unfreiwillig in zunehmendem Umfang bedient, anstatt in den Ländern, die sich gegen die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse systematisch und mit steigendem Erfolg absperrten. Die Frage ist einseitig dahin zu beantworten, daß selbst, wenn der Wille zu solcher Umstellung vorhanden wäre, das übliche Handelsvertragsystem der gleichmäßig gewährten Meistbegünstigung den Willen durchkreuzt. Hier muß also der Hebel angelegt werden, wenn man ernstlich auf eine Gesundung unserer Handelsbilanz im Sinne einer produktiven Ausfuhr und einer, soweit es irgend möglich ist, Beschränkung der Einfuhr auf echte und aussichtsreiche Kundenländer hinaus will. Die Befreiung des schematischen Meistbegünstigungssystems ist die dringendste Aufgabe unserer Handelspolitik.

## Tagespiegel

### König Feisal vom Irak ist, von Berlin kommend, in Paris eingetroffen.

Der Bruder des Kaisers von Japan, Prinz Takamatsu, trifft mit seiner Gemahlin zu einem mehrtägigen Besuch in Deutschland ein. Nach einem weiteren Besuch in Stockholm wird der Prinz voraussichtlich wieder nach Deutschland kommen, um wirtschaftliche und industrielle Anlagen zu besichtigen.

Vor einem Jahr fand im preussischen Staatsministerium der Austausch der Ratifikationsurkunden des Konkordats zwischen dem preussischen Staat und dem heiligen Stuhl statt. Am 13. August, dem Jahrestag dieses historischen Ereignisses, ist in Rom die apostolische Bulle unterzeichnet und verkündet worden. Der apostolische Nuntius von Berlin, Dr. Cesare Orsenigo, ist zum Exekutor der Bulle ernannt worden.

In einem Artikel in der Köln. Ztg. schreibt der demokratische preussische Finanzminister Höpfer-Utsch, der Unterschied zwischen ihm und Dr. Scholz (D. Vp.) bestehe darin, daß Scholz für den bevorstehenden Wahlkampf das Bürgerturn gegen die Sozialdemokratie sammeln wolle, während er und die Staatspartei eine große Partei des freien republikanischen Bürgertums neben Sozialdemokratie, Zentrum und der Rechten im Auge haben.

In dem gemeinsamen Wahlauschuss der Demokraten und Volksnationalen (Jungdeutsch. Orden), dem auch einige kleine Gruppen angehören, für den Wahlkreis Potsdam I erhoben die Volksnationalen Widerspruch dagegen, daß von den Demokraten als Spitzenkandidat für die Reichstagswahl der Linksdemokrat Georg Bernhard-Berlin (Jude) verlangt werde. Nach sechsständigen lebhaften Verhandlungen wurde der frühere christliche Gewerkschaftler Adolf als Spitzenkandidat aufgestellt.

In Basel ist ein Fall von Kinderlähmung festgestellt worden.

Die Krönungsfeier für König Karol II. von Rumänien ist auf 5. Oktober festgesetzt worden. Karol hat den Wunsch ausgesprochen, nach altrumänischer Zeremonie durch den orthodoxen Patriarchen Nitron Christus gekrönt zu werden.

Im Kreis Armasiavir (Nochkaufasus) haben russische Bauern einen mit Getreide beladenen Eisenbahnzug in Brand gesetzt. Das Getreide war ihnen von staatlichen Aufkäufern abgenommen und dafür Industrieerzeugnisse verprochen worden, sie erhielten dafür nur Papiergeld.

## Türkischer Einmarsch in Persien

Angora, 13. August. Nachdem die persische Regierung die wiederholte Aufforderung durch die türkische Regierung, die aufständischen Kurden von Einfällen in das türkische Gebiet abzuhalten, abgelehnt hat, hat der Befehlshaber der türkischen Truppen an der türkisch-persischen Grenze, Salih Pascha, den Befehl erhalten, die Kurden, die sich am Abhang des Ararat auf persischem Gebiet verschanzt haben, anzugreifen. Die Türken besetzen auf dem östlichen Abhang des Araribagh schon ziemlich weit über der Grenze, einen militärisch wichtigen Punkt, um den Kurden den Rückweg abzuschneiden.

Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdi hat Griechenland ein Balkan-Lozarno-Abkommen vorgeschlagen.

Der Aufstand der Kurden dauert nun schon anderthalb Monate. Die Kurden sind ein Volk von etwa zwei Millionen, das aber durch die unerforschte Weisheit derer, die um Paris herum die verschiedenen „Friedensverträge“ gemacht haben, unter drei Landeshoheiten zerissen worden ist: Türkei, Irak und Persien. Die Kurden wollen eigene Selbständigkeit und kämpfen deshalb gegen die Türken. Sie sind aufgewiegelt von Seiten, denen die Selbständigkeit der Kurden weniger als nichts gilt. Führer des Aufstands sind nicht die Kurden, sondern die aus der Türkei verbannten Gegner von Kemal Pascha, dem Präsidenten der Türkei. Außerdem befinden die Engländer eine große Vorliebe für die Kurden, weil sie großes Interesse für die Erdölfrage in Kurdistan haben.

Die Kurden leben in schwer zugänglichen Gebirgsgefilten

am Ararat und greifen aus ihren Verstecken blitzschnell an. Zudem brechen immer neue Banden teils über die Grenze Persiens, teils über die des Iraks herein, werfen sich in die Flanken der türkischen Truppen und zwingen deren Oberbefehlshaber Salih Pascha zu immer neuen Umgruppierungen. Von türkischer Seite sind bereits Truppen von drei Armeekorps in den Kampf verwickelt. Dabei steht in jenen Hochgebirgsgegenden der Winter mit den furchtbaren Schneestürmen vor der Tür. In einem solchen Winterkampf hat im Weltkrieg das ausgezeichnete Heer des Generals Enver Pascha bei Sarikamisch seinen grauenvollen Untergang gefunden.

Ursprünglich war der Mittelpunkt der aufständischen Kurden auf persischem Boden nur die Stadt Moku. Ihr Vorstoß auf den Wansee hatte dann als Ausgangspunkt die persische Stadt Chei und schließlich kam als dritter Mittelpunkt noch die persische Gegend westlich vom Urmiasee hinzu. Der Einmarsch der Türken war also, nachdem die Verständigung mit Persien gescheitert ist, völkerrechtlich vollkommen begründet. Persien ist Mitglied des Völkerbunds und hat die Möglichkeit, sich an diesen zu wenden. In Persien selbst dauern die Aufstände fort. Die Türkei ist nicht Mitglied des Bunds.

Nach neueren Meldungen haben die Türken die persischen Städte Kotur und Moku besetzt und rücken auf Chovur, um den Kurden den Rückzug abzuschneiden.

## Neue Nachrichten

### Abschiedstelegramm Feisals an den Reichspräsidenten

Berlin, 13. August. König Feisal vom Irak hat an den Herrn Reichspräsidenten nachfolgendes Telegramm gerichtet: Beim Verlassen Deutschlands ist es mir ein angenehmes Bedürfnis, Ew. Exzellenz nochmals für die lebenswürdige Aufnahme und die großzügige Gastfreundschaft, die Ew. Exzellenz und die Reichsregierung mir während meines Aufenthaltes in Berlin gewährt haben, meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen. Ich werde die schönste Erinnerung an diesen Besuch bewahren. Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir, die besten Wünsche für das weitere persönliche Wohlergehen Ew. Exzellenz und die Wohlfahrt des Deutschen Reichs und Volks auszudrücken.

### Das Gutachten über die Kartelle

Berlin, 13. August. Der zwölfgliedrige Unterausschuss des Reichswirtschaftsrats hat sein Gutachten zu der Ratverordnung über die Kartelle bzw. deren Preisbildung abgeschlossen. Das von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam erstattete Gutachten geht, wie verlautet, nicht so weit, die Verschlagung der Kartelle zu empfehlen.

## Die Wahlbewegung

### Konservative Volkspartei und Monarchie

Berlin, 13. August. Im Pressedienst der Konservativen Volkspartei wird von dem Vorsitzenden Treviranus ausgeführt, die Frage der Staatsform spiele für die Konservative Volkspartei keine entscheidende Rolle. Ob Monarchie oder Republik, das sei dem Urteil und Gewissen des Einzelnen überlassen.

Die von Treviranus angeregte Besprechung mit Dr. Scholz und dem Abg. Sachsenberg (Wirtschaftspartei) hat nicht stattgefunden. Es ist zweifelhaft, ob sie überhaupt zustande kommt, sehr wahrscheinlich würde sie auch keinen Erfolg haben.

### Eigene Wahllisten der Polen

Berlin, 13. August. Wie die Polnische Telegraphenagentur meldet, werden die Polen in Deutschland eigene Wahllisten in den folgenden Wahlkreisen aufstellen: Ostpreußen, Potsdam 1, Potsdam 2, Frankfurt a. d. O., Breslau, Posen, Hannover-Ost, Westfalen-Nord, Köln-Aachen, Düsseldorf-Ost, Düsseldorf-West. In Opateln soll als polnischer Spitzenkandidat der Pfarrer Koziołka aufgestellt werden.

### Die Parteizerspaltung

Neumünster (Holstein), 13. August. In einer Vertrauensmännerversammlung der Demokratischen Partei Holsteins wurde beschlossen, sich von der demokratischen Partei (Staatspartei) zu trennen und eine unabhängige Demokratische Partei in enger Arbeitsgemeinschaft mit dieser Partei in Hamburg zu gründen. Die Wahlliste der Staatspartei soll scharf bekämpft werden. Zu den Führern der neuen Partei gehört der Pazifist General Schönaich.

### General v. Lettow-Vorbeck Spitzenkandidat in Baden

Freiburg i. Br., 13. August. Die Konservative Volkspartei, Wahlkreis Baden, hat General v. Lettow-Vorbeck als Spitzenkandidaten aufgestellt. An zweiter Stelle steht der Führer des Jungnationalen Bundes Dr. Walter Kramer.





